

Informationsblatt zur Informationspflicht bei der Erhebung und Verarbeitung von Daten gemäß der EU Datenschutzgrundverordnung

Präambel:

Gemäß der EU Datenschutzgrundverordnung soll die Transparenz der Datenerhebung, die Datenverarbeitung und die Datennutzung von relevanten persönlichen oder unternehmensbezogenen Daten verbessert bzw. erweitert werden. Um diese Transparenz herzustellen müssen die betroffenen Parteien in die Lage versetzt werden, die Datenerhebung, die Datenverarbeitung und die Datennutzung ihrer Daten zu prüfen. Aus diesem Grund sieht die EU Datenschutzgrundverordnung die erweiterten Informationsrechte für die betroffenen Parteien vor. Die Informationsrechte bzw. die Informationspflichten leiten sich im Wesentlichen aus den Artikeln 13 und 14 der EU Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ab. Das hier verfasste Informationsblatt soll Sie als betroffene Partei über die Datenerhebung, die Datenverarbeitung und die Datennutzung ihrer Daten und ihrer daraus resultierenden Rechte informieren.

Identität des Verantwortlichen

Als „Verantwortlicher“ wird die Person bzw. das Unternehmen bezeichnet, das die Daten der betroffenen Partei erhebt, verarbeitet, speichert und nutzt.

Der Verantwortliche wird wie folgt festgelegt:

b s w blüml & partner mbB steuerberatungsgesellschaft

Stadtplatz 11

94486 Osterhofen / Deutschland

Telefon: +49 9932 9512 – 0

Fax: +49 9932 9512 – 20

E-Mail: osterhofen@bswp-kanzlei.de

Datenschutzbeauftragter

Gemäß den gesetzlichen Verpflichtungen haben wir in unserem Unternehmen einen Datenschutzbeauftragten bestellt. Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten wie folgt:

Thomas Angerer

Rathausplatz 5

94116 Hutthurm / Deutschland

Telefon +49 8505 91838 – 15

Fax: +49 8505 91838 – 20

E-Mail: thomas.angerer@bswp-kanzlei.de

Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage

Die Daten werden vom Verantwortlichen zum Zweck der Vertragserfüllung aus den Verpflichtungen die sich aus den mit der betroffenen Partei geschlossenen Dienstleistungs- und Beratungsverträgen oder sonstigen Verträgen im Rahmen der Auftragserteilung ergeben, erfasst, verarbeitet und gespeichert. Der Verarbeitungszweck richtet sich nach der jeweiligen vertraglichen Auftragserteilung und der damit verbunden geschuldeten Leistung seitens des Verantwortlichen.

Die Rechtsgrundlage zur Erhebung, Erfassung und Verarbeitung sowie Speicherung der Daten der betroffenen Partei ergeben sich aus den rechtsgültig geschlossenen Verträgen des Verantwortlichen und der betroffenen Partei.

Die betroffene Partei wird in der jeweiligen Auftragserteilung explizit auf die Erhebung, Erfassung und Verarbeitung sowie Speicherung der relevanten Daten hingewiesen. Durch den Abschluss des jeweiligen Vertrages willigt die betroffene Partei der Erhebung, Erfassung und Verarbeitung sowie Speicherung der relevanten Daten ein.

Gemäß Artikel 6 DSGVO bezieht sich somit die Rechtsgrundlage auf Absatz 1 des Artikels 6 Buchstabe a) und b).

Empfänger der relevanten Daten

Die durch den Verantwortlichen erhobenen, verarbeiteten, erfassten und gespeicherten Daten können je nach Auftrag an folgende Stellen / Empfänger weitergeleitet werden:

- Finanzämter und Finanzbehörden
- Notariate
- Rechtsanwälte

- Berufskammern und Berufsverbände
- Krankenkassen
- Rentenkassen
- Handelskammern
- Städte / Gemeinden
- Bundesanzeiger
- Kreditinstitute
- Gläubiger der betroffenen Partei
- Schuldner der betroffenen Partei
- Gesellschafter / Aktionäre
- Statistisches Bundesamt
- Zoll und bei gesetzlicher Verpflichtung z.B. Strafverfolgungsbehörden
- Sonstige externe Empfänger je nach Vertragsbestandteil

Des Weiteren werden die durch den Verantwortlichen erhobenen, erfassten, verarbeiteten und gespeicherten Daten bei den folgenden externen Dienstleistern weiterverarbeitet bzw. erfasst und gespeichert.

DATEV eG, Nürnberg
Paumgartnerstr. 6 – 14
90429 Nürnberg
Telefon: +49 911 319-0
Fax: +49 911 147-43196
E-Mail: info@datev.de

und

neumeier AG
Marktstraße 29
84066 Mallersdorf
Tel.: 08772-80353-0
Fax: 08772-80353-29
info@neumeier-edv.de

Es wurde vertraglich sichergestellt, dass die zwei oben aufgeführten externen Dienstleister der vollen berufsrechtlichen Verschwiegenheit unterliegen und alle Voraussetzungen der EU Datenschutzgrundverordnung eingehalten werden.

Übermittlung in Drittstaaten

Eine Übermittlung der relevanten Daten an einen Drittstaat ist nicht beabsichtigt. Sollte eine Übermittlung an einen Drittstaat erfolgen, wird dies in einem separaten Vertrag des Verantwortlichen mit der betroffenen Partei vereinbart. Durch den separaten Vertrag wird auch die Erfüllung des Artikel 44 ff. DSGVO sichergestellt.

Dauer der Speicherung der relevanten Daten

Die Daten werden gemäß den gesetzlichen Vorschriften zwischen 6 und 10 Jahre gespeichert.

Des Weiteren werden die personen- bzw. unternehmensspezifischen Daten mindestens für die Dauer des Vertragsverhältnisses gespeichert.

Rechte der betroffenen Partei

Gemäß der EU Datenschutzgrundverordnung hat die betroffene Partei folgende Rechte

- Informationsrecht
- Auskunfts- und Widerspruchsrecht
- Recht auf Berichtigung, Löschung und Einschränkung
- Recht auf Datenübertragbarkeit

Informationsrecht gemäß Artikel 13 DSGVO:

Welche Informationen kann die betroffene Partei anfordern bzw. erhält die betroffene Partei?

- Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen (ggf. auch des Vertreters)
- Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (falls vorhanden)
- Zweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung
- Berechtigte Interessen (bei Verarbeitung nach [Art. 6 DSGVO](#))
- Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern
- Übermittlung in Drittland oder an internationale Organisation
- Dauer der Speicherung

- Bestehen eines Rechts auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung, Widerspruch und auf Datenübertragbarkeit
- Bestehen eines Rechts auf Widerspruch der Einwilligung
- Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde
- Information, ob die Bereitstellung der Daten gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist und mögliche Folgen der Nichtbereitstellung
- Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling
- Information über eine mögliche Zweckänderung der Datenverarbeitung

Auskunftsrecht gemäß Artikel 15 DSGVO:

- Zwecke der Datenverarbeitung
- Kategorien der Daten
- Empfänger oder Kategorien von Empfängern
- Dauer der Speicherung
- Recht auf Berichtigung, Löschung und Widerspruch
- Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde
- Herkunft der Daten (wenn nicht bei Betroffenen erhoben)
- Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling
- Übermittlung in Drittland oder an internationale Organisation

Recht auf Berichtigung und Löschung gemäß Artikel 16 und 19 DSGVO:

Die betroffene Partei hat die Möglichkeit, die Vervollständigung seiner personenbezogenen Daten ohne unangemessene Verzögerung zu verlangen.

Wann müssen meine Daten nach Art. 17 DSGVO gelöscht werden (Recht auf Vergessenwerden)?

- Wenn die Speicherung der Daten nicht mehr notwendig ist
- Wenn der Betroffene seine Einwilligung zur Datenverarbeitung widerrufen hat
- Wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden
- Wenn eine Rechtspflicht zum Löschen nach EU- oder nationalem Recht besteht

Wann findet das Recht auf Vergessenwerden keine Anwendung?

- Wenn das Recht auf freie Meinungsäußerung bzw. die Informationsfreiheit überwiegen
- Wenn die Datenspeicherung der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung dient

- Wenn das öffentliche Interesse im Bereich der öffentlichen Gesundheit überwiegt
- Wenn Archivzwecke oder wissenschaftliche und historische Forschungszwecke entgegenstehen
- Wenn die Speicherung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist

Wann spielt das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO eine Rolle?

- Wenn die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird
- Wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist
- Wenn sich der Zweck der Verarbeitung erledigt hat, die Daten aber zur Geltendmachung von Rechtsansprüchen des Betroffenen notwendig sind
- Wenn ein Widerspruch des Betroffenen nach Art. 21 DSGVO vorliegt

IV. Recht auf Datenübertragbarkeit gemäß Artikel 20 DSGVO

Was bedeutet das Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO?

Der Betroffene soll befugt sein, die von ihm zur Verfügung gestellten Daten von einer automatisierten Anwendung, etwa einem sozialen Netzwerk, auf eine andere Anwendung zu übertragen. Betroffene sollen dadurch leichter von einem Anbieter zu einem anderen wechseln können, ohne den Verlust ihrer Daten befürchten zu müssen.

Widerruf von Einwilligungen

Die betroffene Partei kann die Einwilligung für die Erhebung, Erfassung und Verarbeitung sowie Speicherung der relevanten Daten jederzeit widerrufen. Die Datenverarbeitung seitens des Verantwortlichen bleibt jedoch bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Die betroffene Partei kann jederzeit gemäß Artikel 77 DSGVO Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde einreichen, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung seiner relevanten Daten rechtswidrig erfolgt.

Die zuständige Aufsichtsbehörde für Bayern ist die:

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht

Postfach 606

91511 Ansbach

Deutschland

Telefon: +49 (0) 981 53 1300

Telefax: +49 (0) 981 53 98 1300

E-Mail: poststelle@lda.bayern.de

Verpflichtung zur Bereitstellung der relevanten Daten

Die relevanten Daten der betroffenen Partei müssen auf der Grundlage gesetzlicher Verpflichtungen bzw. vertraglicher Verpflichtungen unterschiedlichen Parteien zur Verfügung gestellt werden (vgl. Punkt Empfänger).

Bei der Nichteinhaltung der Verpflichtungen können vertragsrechtliche bzw. strafrechtliche Konsequenzen entstehen.

Osterhofen, den 11.04.2018